

# REPUBLIK MOLDAU

## Gewerkschaftsmonitor

April 2019

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Vom mit einem Besuch der Bundeskanzlerin im Sommer 2012 geadelten Musterknaben der »Östlichen Partnerschaft« ist die Republik Moldau mittlerweile zum Sorgenkind unter den sechs osteuropäischen Partnerländern geworden, das in der jüngsten Rede Angela Merkels zu dieser Region im Sommer 2018 in Tbilissi noch nicht einmal mehr Erwähnung fand. Diese negative Entwicklung setzte sich im abgelaufenen Jahr in solch verschärfter Form fort, dass inzwischen sogar ein autoritäres »roll back« in der Republik Moldau befürchtet werden muss. Dies allerdings nicht etwa unter »geopolitischen« Gesichtspunkten, z. B. durch eine Neuausrichtung nach Moskau, obwohl die Region auch in den westlichen Medien gern durch diese Linse betrachtet wird, sondern allein aufgrund der Politik der sich formell weiterhin als »pro-westlich« deklarierenden Regierung. Die Glaubwürdigkeit der moldauischen Institutionen auf diesem angeblich »pro-europäischen« Kurs stellt spätestens seit 2018 eine Grundsatzfrage im Umgang der EU mit dem Land dar, da der tatsächliche Zustand der »Governance« des Landes nicht mehr länger mit den offiziell deklarierten Positionen der Chişinău Regierung in Übereinstimmung zu bringen ist.

Es ist nicht ersichtlich, dass die bereits jahrelang andauernde Kritik der Zivilgesellschaft, der außerparlamentarischen Opposition und der europäischen Partner beispielsweise im Bereich der Unabhängigkeit der Justiz, der Verbesserung rechtsstaatlicher Garantien oder an der Verquickung von wirtschaftlicher und politischer Macht zu irgendeiner (positiven) Reaktion seitens der von der PDM (Demokratische Partei Moldaus) und ihrem Vorsitzenden Plahotniuc dominierten Regierung geführt hätte – im Gegenteil. Insbesondere verschärfte die Ungültigkeitserklärung der zweiten Runde der Kommunalwahlen in Chişinău den Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in die Professionalität, Unabhängigkeit und Funktionalität der Justiz, nachdem der Kandidat der »pro-europäischen« Opposition, Andrei Năstase (PPDA), am 3. Juni 2018 überraschend gewonnen hatte. Die Begründung, Năstase habe am Wahltag uner-

laubte »Agitation« betrieben, indem er die Wählerschaft mehrfach zur Stimmabgabe aufrief, wirkte umso fragwürdiger, als niemand, auch nicht die Gerichte, dadurch eine Verfälschung des Wählerwillens annahmen. Vielmehr war offenkundig, dass Năstase selbst in vieler Hinsicht benachteiligt war, indem er vom Zugang zu Finanzen und den meisten Massenmedien weitgehend abgeschnitten und in den sozialen Netzwerken massiven »Fake News«- und Verleumdungskampagnen ausgesetzt war.

Im Kontext der Kooperation der Republik Moldau mit der Europäischen Union wirkte dieses Ereignis wie der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: Nur kurze Zeit nach der Gerichtsentscheidung verabschiedete das Europäische Parlament mit breiter Mehrheit bereits am 15. Juli 2018 eine äußerst kritisch gehaltene Entschliebung zur »politischen Krise« in der Republik Moldau. Hierin wurden »schwere Besorgnis über den weiteren Abbau demokratischer Standards« geäußert sowie die Gerichtsentscheidung als »ein weiteres Beispiel für eine »state capture« bezeichnet, die einen Blick auf die tiefe institutionelle Krise der Moldau freigebe.<sup>1</sup> Die EU fror als Reaktion Finanzhilfen in Höhe von 100 Mio. Euro ein. Die Gerichtsentscheidung zur Annullierung der Bürgermeisterwahlen der Hauptstadt ist daneben der lebendige Beweis für das Scheitern der Justizreform in den Jahren 2011–2016, das durch die endgültige Rücknahme von EU-Geldern für diesen Sektor bestätigt wurde. Die Judikative besteht heute immer noch zu 60 Prozent aus Richtern, die bereits vor dem Beginn der angestrebten Justizreform dort beschäftigt waren.

Die Auswirkungen der Stagnation im Justizwesen und der schlechten »Governance« sind schließlich auch schädlich für das Land hinsichtlich der Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen. Denn nur wo Rechtssicherheit herrscht, da werden (westliche) Firmen sich niederlassen, investieren und Arbeitsplätze schaffen. Trotz der Regelungen des Assoziierungsabkommens und der durchaus sichtbaren Fortschritte bei dessen

<sup>1</sup> <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0303+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>.

technischer Umsetzung, die auch von EU-Seite konzediert wurden,<sup>2</sup> kann eine weitergehende Annäherung eben nur erfolgen, wenn auch die Justiz tatsächlich reformiert und entpolitisiert wird. Dem steht aber ein herkömmliches post-sowjetisches und »oligarchisch« beherrschtes Wirtschaftsmodell ganz grundsätzlich entgegen, auch wenn der größte Oligarch des Landes vorgibt, »pro-europäisch« zu sein.

## WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die moldauische Wirtschaft wuchs im abgelaufenen Jahr zwar entlang des bereits aus den Vorjahren bekannten BIP-Wachstums von etwa 4 Prozent, jedoch geschah dies vor dem Hintergrund eines weiterhin nicht nachhaltigen Wirtschaftsmodells. Der liberalisierte Zugang zum europäischen Markt war einer der Schlüsselfaktoren, der es der moldauischen Wirtschaft erlaubte, zu wachsen und zu diversifizieren, trotz der oben im politischen Teil ausgeführten internen »Stressfaktoren«. Zwischen 2015 und 2017 konnten die moldauischen Export-Verluste auf dem GUS-Markt durch russische Handelsbeschränkungen und durch den Konflikt in der Ukraine mittels erhöhter Exporte in den EU-Markt bereits vollständig kompensiert werden. Die Entwicklung des moldauischen Außenhandels in den letzten Jahren widerspricht den Katastrophenszenarien über die zerstörerischen Auswirkungen der Liberalisierung des EU-Handels – allerdings ist die Handelsbilanz mit der EU negativ (2018: –551,7 Mio. Euro).<sup>3</sup>

Nicht erfüllt haben sich jedoch die mit dem Assoziierungsabkommen verbundenen Hoffnungen auf größere Investitionen von außen, denn seit dem Jahr 2000 hat die moldauische Wirtschaft keine so langlebige Investitionskrise mehr durchgemacht wie in den letzten Jahren. Die Investitionen in Sachanlagen – im privaten wie im öffentlichen Sektor – sanken dramatisch in 2015/2016 (–20 Prozent gegenüber 2014) und stagnierten 2017/2018 (+1 Prozent im Vergleich zum Jahr 2016). Die Investitionslücke wirkt sich auf die Perspektiven eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums aus und untergräbt die Entwicklung neuer Produktionskapazitäten. Die Republik Moldau, die keinen großen inländischen (Konsum-)Markt darstellt, sondern aufgrund der desolaten demografischen Situation sogar einen schrumpfenden, kann nur durch Erhöhung der Exporte wachsen. Ein geringer, insbesondere ausländischer Investitionsanteil ist da keine gute Nachricht. In der Moldau setzt die Politik aber derzeit einseitig auf die Erhöhung von Steuereinnahmen durch Maßnahmen wie die Initiative »Citizenship for Investment« oder die Legalisierung von Schwarzgeld sowie auf die auch im regionalen Vergleich niedrigen Arbeitskosten. Es ist aber offensichtlich, dass die Relevanz der Arbeitskosten im Laufe der Zeit durch die gestiegene Auswanderung abnehmen wird, indem es absehbar – wie im benachbarten Rumänien – eher einen Mangel an Arbeitskräften im Lande selbst geben wird.

Als Problemfall erweist sich in diesem Kontext auch der heimische Bankensektor. Aufgrund eines gigantischen Betrugsfalls ist zum einen das Vertrauen in die heimischen Banken schwer erschüttert, zum anderen erfüllen die moldauischen Banken nicht ihre Funktion der Finanzierung durch Kreditvergabe an die eigene mittelständische Wirtschaft. Daher müssen einheimische Investitionen in den meisten Fällen aus eigenen Mitteln der moldauischen Firmen aufgebracht werden. Dies zeigt die Zwänge, denen kleine und mittlere Unternehmen im Zusammenhang mit dem Zugang zu Kapital ausgesetzt sind, und wirkt als natürliche Bremse für Investitionen in den Ausbau der Produktionskapazitäten und letztlich für die Wettbewerbsfähigkeit.

Um Investitionen in fortschrittliche Industrien zu fördern, müsste außerdem seitens der Regierung der beruflichen Bildung und dem lebenslangen Lernen mehr Bedeutung zugemessen werden. Es müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise des Arbeitsmarktes getroffen werden, etwa durch Förderung regionaler Mobilität. Derzeit eher illusorisch sind Forderungen nach einer stärker antimonopolistisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik, denn Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen sich sicherlich nicht, wenn jegliche Konkurrenz verhindert wird.

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Grundsätzlich ist die Republik Moldau, wie auch die anderen Staaten der Östlichen Partnerschaft der EU, durch ihr Assoziierungsabkommen zur Einführung »sozialer Verpflichtungen« gehalten: Alle unterzeichnenden Länder haben beispielsweise Zusagen gegeben, insbesondere ihre Arbeitsgesetzgebung an den EU-Acquis anzupassen. Allerdings hapert es bei der Umsetzung, da dies regierungsseitig – nur etwas verkürzt dargestellt – als Investitionshemmnis angesehen wird. Bereits durchgeführte Änderungen im Arbeitsrecht wurden 2018 von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen kritisiert, weil dadurch die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer\_innen tendenziell geschwächt wird. Die geplante Zerschlagung der staatlichen Arbeitsinspektion und die Übertragung ihrer Funktionen auf verschiedene Ministerien und andere staatliche Institutionen stellt nach Ansicht von Beobachtern einen Verstoß gegen das Assoziierungsabkommen mit der EU dar, das wiederum absurderweise und wahrheitswidrig als Begründung für die geplante »Modernisierung« herhalten musste. Es bleibt daher dabei, dass die soziale Dimension der EU-Assoziierung gerade auch seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten weiter im Blick behalten werden muss, wenn man die Bevölkerung der Partnerstaaten der Östlichen Partnerschaft »mitnehmen« möchte und der gesamte Prozess der EU-Annäherung nicht ein bloßes Elitenprojekt bleiben soll.

Sämtliche Aktivitäten des moldauischen Gewerkschaftsbundes CNSM müssen dabei grundsätzlich vor dem Hintergrund einer traditionellen Staatsnähe gesehen werden, eine Tendenz, die in Vorwahlkampfzeiten noch einmal verstärkt wird. Auf Regierungsvorschläge zu reagieren, gegebenenfalls mäßigend einzuwirken und Erleichterungen für die Arbeitnehmer

2 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0458+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>.

3 <https://ec.europa.eu/eurostat/web/european-neighbourhood-policy/enp-east/data/database>.

und Rentner zu erreichen ist aus der eigenen Wahrnehmung des CNSM die derzeitige Kernaufgabe im herrschenden politischen Umfeld. Die besten Resultate erzielte der Dachverband im abgelaufenen Jahr bei der Lobbyarbeit rund um die Anhebung des Mindestlohns um 230 MDL (ca. 14 US-Dollar) auf nun 2.610 MDL (ca. 157 US-Dollar). Ebenso unterstützte er die Gesetzgebung rund um die Einführung einer aktiveren staatlichen Arbeitsmarktpolitik. Mit einer Erwerbsbeteiligungsquote von nur ca. 40 Prozent der Bevölkerung liegt die Republik Moldau in der Region weit hinten. Das neue Gesetz enthält spezielle Programme für Minderheiten, Elemente wie Lohn-»Aufstockung« und verbessert die Präsenz der staatlichen Arbeitsvermittlung in den ländlichen Regionen. Die ILO hat hierzu technische Leitlinien zur Verfügung gestellt und in dem Prozess zur Verabschiedung des neuen Gesetzes eine unterstützende Rolle gespielt.

**GEWERKSCHAFTEN IN DER REPUBLIK MOLDAU – FAKTEN UND DATEN**

**HISTORISCHE ASPEKTE**

Die größte Herausforderung für die Gewerkschaften der ehemaligen Sowjetunion war ein nahezu kompletter Paradigmenwechsel: von der Zwangskorporation zur freiwilligen Vereinigung der Arbeitnehmer. Früher waren sie Erfüllungsgehilfe innerhalb eines Unternehmens im »realen Sozialismus« und konzentrierten sich auf das Management sozialer Belange jenseits der unmittelbaren Betriebssphäre (Urlaubs-, Wohnungsfragen etc.). In die vom Staat dominierte Lohnfindung waren sie nur beratend und diese legitimierend eingebunden und hatten bei gleichzeitig garantierter Vollbeschäftigung keine Verantwortung für die Arbeitsplatzsicherung. Erschwerend kam hinzu, dass in der Republik Moldau parallel zur wirtschaftlichen Umstrukturierung erstmals überhaupt ein souveräner Nationalstaat zu kreieren war, d.h. eine funktionierende staatliche Administration und Gesetzgebung erst ab Anfang der 1990er Jahre in Gang gesetzt werden konnte.<sup>4</sup> Auch die moldauischen Gewerkschaften verstanden sich bis 1990/91 als Teil des sowjetischen politischen Systems. Bis heute ist die moldauische Gewerkschaftsbewegung personell und politisch eng mit der Re-

gierung des Landes verbunden. Auch nach 30 Jahren Transformation stammen die Führer der Gewerkschaftsbewegung (es gibt kaum Frauen an den Spitzen der Gewerkschaften) sämtlich aus der Sowjetzeit, entsprechend traditionell geprägt ist zuweilen noch das vorherrschende Gewerkschaftsverständnis. Der nationale Gewerkschaftsbund Confederatia Nationala a Sindicatelor din Moldova (CNSM, National Confederation of Trade Unions of Moldova) ist aus einer Fusion des ehemaligen »Nationalen Gewerkschaftsbundes« und des »Freien Gewerkschaftsbundes« hervorgegangen. Der CNSM hat aber immer noch Schwierigkeiten, eine konsolidierte Gewerkschaftsbewegung im Land aufzubauen.

Die in der Transformationsphase entwickelten neuen Strukturen der Arbeitsbeziehungen in der Republik Moldau sind durch folgende Charakteristika geprägt: Der Staat spielt nach wie vor die dominierende Rolle bei der Fixierung der durch das jeweilige Mindestlohnniveau beeinflussten Entlohnungssysteme. Die Unternehmenslandschaft hat sich generell in Richtung der Entstehung einer Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) gewandelt. Kleinbetriebliche Strukturen haben die früher vorherrschenden Unternehmenseinheiten und Kombinate abgelöst, vermehrt durch die vielfältigen Neugründungen zahlreicher Dienstleister. In diesen neuen Strukturen ist die gewerkschaftliche Präsenz nicht nur fragmentiert, sondern ebenfalls – mit Ausnahme der größeren, früher staatlichen Unternehmen – überwiegend nicht vorhanden.

**GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT**

Derzeit umfasst der nationale Gewerkschaftsbund CNSM 25 Branchengewerkschaften mit insgesamt ca. 400.000–500.000 Mitgliedern, was aufgrund der defensiven Informationspraktiken der Gewerkschaften nur eine Schätzung darstellt (2013 waren es offiziell 447.000, 2014 dann 425.000 Mitglieder, neuere offizielle Zahlen gibt es nicht; die Website des CNSM spricht derzeit von 420.000 Mitgliedern). Der Trend geht jedoch eindeutig nach unten. Dies ist hauptsächlich auf den generellen Rückgang der Zahl der Beschäftigten in der Republik Moldau zurückzuführen, was wiederum am Rückgang der moldauischen Gesamtbevölkerung aufgrund der großen Emigrationswelle der letzten zweieinhalb Jahrzehnte liegt und zweitens an um sich greifenden Formen prekärer Arbeit im Lande selbst. Vorsitzender des CNSM ist Oleg Budza, die drei Vizepräsidenten sind Sergiu Sainciuc, Mihail Hincu und Petru Chiriac.

<sup>4</sup> »Wo stehen die Gewerkschaften in Osteuropa heute?«, von Heribert Kohl, in: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/05362.pdf>.

Tabelle 1  
**Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes**

Bezeichnung	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
<b>Confederatia Nationala a Sindicatelor din Moldova</b> (CNSM, National Confederation of Trade Unions of Moldova)	Vorsitz: Oleg Budza, Stv. Vorsitz: Sergiu Sainciuc, Mihail Hincu und Petru Chiriac	420.000	ITUC, GCTU

Tabelle 2

**Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes**

Bezeichnung / Branche	Mitgliedschaft in der nationalen Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
<b>Sindicatul Educației și Științei din Republica Moldova</b> (SES, Education and Science Trade Union)	CNSM	Vorsitz: Genadie Donos Stv. Vorsitz: Nadejda Lavric	131.000	IE – International Education
<b>Federația Națională a Sindicatelor din Agricultură și Alimentație »Agroindsind«</b> (National Federation of Agricultural Trade Unions »Agroindsind«)	CNSM	Vorsitz: Sergiu Bernevec Stv. Vorsitz: Vasile Mamaliga, Sergiu Bota	106.634	N/A
<b>Sindicatul »Sănătatea«</b> (Trade Union »Health Care Services«)	CNSM	Vorsitz: Aurel Popovici Stv. Vorsitz: Igor Zubcu	53.593	PSI – Public Service International
<b>Federația Sindicatelor Angajaților din Serviciile Publice SINDASP</b> (Federation of Employees from Social Services »SINDASP«)	CNSM	Vorsitz: Vlad Cantir	33.812	PSI – Public Service International
<b>Federația Sindicatelor din Comunicații</b> (FSC, Federation of Trade Unions in Communications)	CNSM	Vorsitz: Ion Pirgaru	16.334	UNI – Union Global International
<b>Federația Sindicatelor de Construcții și Industria Materialelor de Construcții »SINDICONȘ«</b> din Republica Moldova (Federation of Trade Unions in Construction »SINDICONȘ«)	CNSM	Vorsitz: Victor Talmaci	14.898	ISEM – International of Construction Sphere

Die Branchengewerkschaften umfassen wiederum ca. 8.000 Betriebs- und Basisorganisationen. Die größte Gewerkschaftsdichte und Reichweite erstreckt sich auf öffentliche Sektoren wie Bildung und Wissenschaft (dort beträgt sie ca. 80 Prozent), daneben Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung, Kommunikation und Bauwesen. Laut CNSM-Daten sind derzeit 58 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Frauen, für die es inzwischen auch eine eigene Frauenorganisation innerhalb des CNSM gibt. Seit Februar 2010 ist der moldauische CNSM Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und außerdem Mitglied der in Moskau sitzenden General Confederation of Trade Unions (GCTU).

Im Jahr 2018 beschloss der CNSM eine bessere Sichtbarkeit in den Regionen des Landes anzustreben und zu diesem Zweck Vertreter in den lokalen und regionalen Verwaltungseinheiten zu installieren. Der CNSM-Vertreter in dem jeweiligen Gebiet soll vor Ort mit den Leitern der territorialen Gewerkschaftsstrukturen der CNSM-Mitgliedsgewerkschaften sowie mit den Führern der Betriebsgewerkschaftsorganisationen eng zusammenarbeiten.

## ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Ein moldauisches Spezifikum ist die gesetzlich vorgegebene Unterscheidung von Staatsektor und »Realwirtschaft«, wobei jeweils unterschiedliche Rahmenbedingungen und gesetzliche Vorgaben (»Leitplanken«) für das System der Lohnfindung gelten.<sup>5</sup> Beide Bereiche arbeiten insbesondere mit unterschiedlichen staatlich festgelegten Mindestlöhnen, wobei aber die »Realwirtschaft« die Möglichkeit hat, von diesen gesetzlichen Vorgaben abzuweichen. Eine aktuelle Empfehlung der ILO an die moldauische Politik ist zum einen, künftig nur noch einen einzigen Mindestlohn anzusetzen und zum zweiten gesetzlich klarzustellen, dass die Privatwirtschaft stärker als bisher erfolgt die Möglichkeit haben soll, in das nicht-regulierte System freier Lohnverhandlungen überzuwechseln.<sup>6</sup>

5 Wage regulations and practices in the Republic of Moldova, [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---sro-budapest/documents/publication/wcms\\_615687.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---sro-budapest/documents/publication/wcms_615687.pdf), S. 7–11.

6 Ibid, S. 17.

Dieser Logik folgend sind die bisherigen sektoralen Tarifverhandlungssysteme eingengt durch die staatlichen Vorgaben. Die ILO fordert daher in ihrem aktuellen Bericht »Maßnahmen zur Stärkung der Dynamik der Tarifverhandlungen, insbesondere auf sektoraler Ebene, indem die Tarifverträge strukturierter gestaltet werden und die Sozialpartner dabei unterstützt werden, (eigenständig) Lohnskalen zu entwickeln, die den Qualifikationsanforderungen jedes Sektors besser entsprechen.«<sup>7</sup> Ein solcher Ansatz würde der Regierung auch dabei helfen, sich eingehender mit der Frage der gleichen Entlohnung zu befassen, die vom ILO-Sachverständigenausschuss über die Anwendung der Konventionen und Empfehlungen im moldauischen Fall bereits mehrfach angemahnt wurde. Damit nicht genug, ist der Stand der Zusammenarbeit mit der ILO insgesamt ein guter Indikator für die schlechte Qualität der rechtlichen Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeit in der Republik Moldau. Der ILO-Sachverständigenausschuss nahm 2018 »mit Bedauern zur Kenntnis, dass von den 13 beantragten Berichten der moldauischen Regierung nur zwei Berichte vorliegen und mithin für dieses Land noch 11 Berichte über grundlegende, ordnungspolitische und technische Konventionen ausstehen, von denen die meisten wiederum Informationen als Antwort auf die Bemerkungen des Ausschusses hätten enthalten sollen.«<sup>8</sup>

## GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Seit dem Inkrafttreten des neuen Arbeitsgesetzes im Jahr 2003, mit dem die Republik Moldau die kommunistische Arbeitsgesetzgebung hinter sich ließ, sind 15 Tarifverträge auf nationaler Ebene abgeschlossen worden. Derzeit gibt es daneben neun in Kraft befindliche Tarifverträge auf sektoraler Ebene (bei 25 Mitgliedsgewerkschaften des moldauischen Dachverbands). Die umfassten Sektoren sind: Kommunikation, Verkehr, Stromwirtschaft, Chemie/Energie, Konsumgüterwirtschaft, Bauwesen, Leichtindustrie, Agroindustrie, sowie der Groß- und Einzelhandel<sup>9</sup>. Die Hauptgründe für das Fehlen von Tarifverträgen in anderen Wirtschaftssektoren sind dabei – regionstypisch – der Mangel an tragfähigen Arbeitgeberorganisationen und zu schwache Gewerkschaftsorganisationen. Hierbei ist insbesondere die für die Republik Moldau wichtige Textilindustrie zu nennen. Die Zahl der auf Betriebsebene abgeschlossenen Tarifverträge ist wiederum in der jüngeren Vergangenheit von über 1.000 auf nunmehr ca. 600 zurückgegangen.

Der soziale Dialog ist auf nationaler Ebene institutionell verankert durch die »Nationale Kommission für Konsultationen und Tarifverhandlungen«. Diese in ihrer Arbeit unabhängige, tripartit organisierte öffentliche Einrichtung wurde geschaffen, um Fragen im Zusammenhang mit arbeits- und sozioökono-

mischen Problemen zu lösen und auf nationaler Ebene soziale Partnerschaften zu entwickeln. Die nationale Kommission hat offiziell eine beratende Funktion bei der Entwicklung sozioökonomischer Strategien und Politiken und bei der Lösung von Konflikten zwischen den Sozialpartnern auf nationaler Ebene. Im Jahr 2018 wurde die Nationale Kommission für Tarifkonsultation und Tarifverhandlungen sechsmal einberufen. Zu Beginn des letzten Jahres unterstützten die Vertreter von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften einen vom Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Sozialschutz vorgeschlagenen Gesetzentwurf, der Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthält (s. dazu bereits oben, S.3). Das Dokument diente der Subventionierung von Arbeitgebern, die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen bieten, die Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten schaffen, sowie solchen, die eine betriebliche Ausbildung für Auszubildende und Arbeitslose organisieren. Im unmittelbaren Vorfeld des anstehenden Wahlkampfes Ende 2018 diskutierte die nationale Kommission dann den Gesetzesentwurf über eine Änderung der Lohnfindung im Staatssektor, inklusive einer künftigen Anhebung des Mindestlohns und der Einebnung der Unterschiede zwischen der ersten und der letzten Gehaltsskala auf nur noch 15 und nicht mehr 33 Schritte. Beide Beispiele belegen deutlich, dass das Gremium zumeist auf staatliche Initiativen reagiert und hierbei wiederum als Akklamationsorgan dient, und nicht eigeninitiativ tätig wird.

## GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Eine große Herausforderung für den Erhalt des moldauischen Systems von Tarifverhandlungen ist aufgrund der eng gesetzten staatlichen/gesetzlichen Rahmenbedingungen die Gefahr politischer Instabilität. Ein funktionierendes Parlament und eine arbeitsfähige Regierung sind für einen arbeitsfähigen öffentlichen Sektor elementar und Blockaden hier wirken sich direkt auf die Arbeitsbeziehungen dort aus. Man wird daher erst einmal abwarten müssen, wie sich das Wahlergebnis vom 24.2.2019 und die schwierige Suche nach einer tragfähigen Regierungskonstellation angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse künftig auswirken werden. Ein zweites großes Problem für das politische Gewicht der Gewerkschaften ist die informelle Wirtschaft, die nach neuesten Schätzungen mindestens bis zu 40 Prozent des BIP beträgt und somit die »offiziellen« Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen zumindest teilweise überlagert.

Allgemein treten die Gewerkschaften in der Regel nicht als Initiatoren oder Ideengeber für den politischen Prozess der Gesetzgebung oder in der öffentlichen Debatte auf, sondern defensiv-reaktiv gegenüber Themensetzungen durch die moldauische Regierungspolitik. Da diese sich aber spätestens seit Anfang/Mitte 2018 nach Ansicht nahezu aller (west-)europäischen Beobachter und der EU-Institutionen auf Abwegen in Richtung eines immer autoritärer werdenden Politikstils befindet, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Tätigkeit. Die Gewerkschaften gerieten immer mehr unter Anpassungsdruck und empfangen deutliche Signale regierungsseitige Initiativen zu unterstützen. Vorhandene Missstände in der moldauischen Arbeitswelt wurden in

7 Ibid.

8 [https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:13100:0::NO:13100:P13100\\_COMMENT\\_ID:3959094](https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:13100:0::NO:13100:P13100_COMMENT_ID:3959094).

9 Wage regulations and practices in the Republic of Moldova; [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---sro-budapest/documents/publication/wcms\\_615687.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---europe/---ro-geneva/---sro-budapest/documents/publication/wcms_615687.pdf), S. 11 ff.

letzter Zeit zudem oftmals über (soziale) Medien öffentlichkeitswirksam angeprangert, nicht aber von den an sich »zuständigen« Gewerkschaften. Diese Entwicklung bringt in der Folge dann ein Legitimationsproblem mit sich, wenn ein Punkt erreicht werden sollte, an dem Interessen der eigenen Mitglieder nicht mehr adäquat vertreten werden können. Momentan geht es für die moldauischen Gewerkschaften also primär darum, gegenüber der Politik eigenständige Handlungsspielräume zu erhalten.

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale  
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

[marc.meinardus@fes.de](mailto:marc.meinardus@fes.de)

[www.fes.de/internationale-politikanalyse](http://www.fes.de/internationale-politikanalyse)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.